

Pfarrer Dietrich Kuessner, Offleben

## DIE BRAUNSCHWEIGISCHE EVANGELISCH-LUTHERISCHE LANDESKIRCHE UND DER NATIONALSOZIALISMUS

Das Referat gliedert sich in 6 Teile.

Die ersten drei Teile sind chronologisch angeordnet. Ich setze 1930 ein: Nationalsozialismus und Landeskirche entdecken sich und beschließen, zusammenzuziehen, unter ein Dach, aber in getrennten Räumen, nebeneinander.

2. Teil: das Jahr 1933. Beide ziehen zusammen auf eine Bude. Es qualmt. Die Temperatur steigt erheblich. Aus dem Nebeneinander wird ein Ineinander.

3. Teil: 34-45. Sie trennen sich wieder bleiben aber unter einem Dach.

4. Teil: es gibt in dieser Wohngemeinschaft auch Krach. Aber keiner schmeißt den anderen raus.

Der 5. Teil fragt: Hat sich die Wohngemeinschaft gelohnt?

6. Teil: Was ist, wenn einer von beiden erschlagen wird? Zieht ein Neuer rein? Oder wechseln sie nur einfach die Tapeten?

Wenn ich einen Hauptgedanken herausgreifen sollte, dann würde ich die Diskussionsthese aufstellen: der Hitlerstaat präsentiert sich als christliche Diktatur, dem die lutherische Landeskirche den schuldigen Gehorsam leistet.

Ich möchte aber vorweg noch von einer Schwierigkeit reden, in der ich mich befinde und der die Beobachtung zugrunde liegt, daß unsere Vortragsreihe überwiegend von Jüngeren und Älteren besucht wird, die mittlere Generation aber schwach vertreten ist. Das kommt m. E. daher, daß diese Jahrgänge zwischen 1915 und 1935 alle besonders eindruckliche Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus haben, im Jungvolk, in der HJ, und viele von Ihnen dann im Kriege waren. Nach dem Krieg hat man ihnen erzählt, daß alles schlecht gewesen sei. Man hat die Zeit sogar verteufelt. Aber sie haben diese Urteile mit ihrem persönlichen Erleben nicht in Einklang bringen können. Das ist die Generation der heute 45 - 65jährigen Väter und Mütter, Studienräte, Staatsanwälte, Pröpste und Pfarrer mit ihren wichtigen erzieherischen Aufgaben. Sie verstecken nun nach außen ihre Erinnerungen und haben weithin die für jede Karriere auch erforderliche These übernommen: der Hitlerstaat sei die verderbliche antichristliche Gesellschaft, der Bonner Staat im Gegensatz dazu der christlich orientierte Staat. Diese Generation fordert daher typischerweise und praktiziert es oft, daß Dinge und Personen nicht beim Namen genannt werden. Das haben wir hier selber erlebt. Dadurch aber werden historische Vorgänge unchristlich tabuisiert und Aufarbeitung zusätzlich erschwert. Die Namensnennung schafft stattdessen dem Betroffenen den Vorteil der Richtigstellung - auch das haben wir während der Vortragsreihe erlebt - und gibt ihm die Möglichkeit, uns teilnehmen zu lassen an der Trauerarbeit, die er bereits geleistet hat.

Ich bitte überdies die Jahrgänge nach 1945 unter Ihnen, das Referat nicht so sehr unter den Gesichtspunkten der Lehren für heute zu hören, sondern versuchen Sie, sich in die Zeit ab 1930 hineinzustellen, zu solidarisieren, und dann mitzubedenken und mitzutragen. Es bedeutet schon viel, wenn einer beginnt, sich von den Klischees der Nachkriegszeit, in denen er erzogen ist, zu trennen und sagt: ich kann mich jetzt besser hineindenken, oder: wenn er sich von der großen Versuchung nicht freispricht.

Sich einfühlen können ist die Absicht meines Referates.

## 1. DIE LANDESKIRCHE ÖFFNET SICH DEM NATIONALSOZIALISMUS (1930/31)

"Die Kirche ist neutral und wählt deutsch-national". Dieser Spottvers beschreibt ziemlich genau die Position der lutherischen Landeskirche während der Weimarer Zeit.<sup>1</sup> Man steht Mitte bis rechts und hat dafür folgende Gründe:

Die Weimarer Zeit hat der evangelischen Kirche in zweifacher Weise die Schwäche ihrer Position besonders deutlich gemacht. Die Schwäche besteht erstens darin, daß die evangelische Kirche die Mehrheit der Bevölkerung innerlich verloren hat. Das braunschweigische Herzogtum gilt zwar als ein rein protestantisches Land, aber das bezeichnet mehr einen geistlichen Hohlraum. Bürger und Arbeiter sind seit der Aufklärung aus den Kirchen ausgewandert, ohne allerdings ihre Emigration formell zu vollziehen. Die Kirche füllt diesen Hohlraum, indem sie sich in eine großartige, volksskirchliche, d. h. alle gesellschaftlichen Schichten umfassende Situation hineinphantasiert. Die hohen Prozentzahlen von Taufen und christlichen Begräbnissen beflügeln noch diese Phantasie.

Außerdem - das ist das zweite Schwächezeichen - hat sich die Kirche eng an die Seite des Staates gestellt. Der Herzog hat die Aufsicht über die äußeren Angelegenheiten der ev. Kirche, auch z.B. über das Vermögen und die Finanzen. Er ist die Spitze der kirchlichen Verfassung. Der als Volkskirche etikettierte Hohlraum wird dadurch erheblich abgestützt. Man beruft sich dazu einseitig auf das 13. Kapitel des Römerbriefes, wo Paulus schreibt, daß der Staat eine Obrigkeit von Gottes Gnaden sei. Das ist aber umstritten. Die Obrigkeit fordert von seinem Untertanen vor allem Gehorsam und sichert ihm dafür den Schutz seiner Privilegien, wenn er welche besitzt. Die Kirche besitzt sie. Gerade mit dieser Gehorsamsforderung aber entfernt sich die Kirche noch weiter vom Bürger und Arbeiter, denn der Bürger hat im 18. Jahrhundert und der Arbeiter im 19. und 20. Jahrhundert seine Rechte nicht mit Gehorsam, sondern mit Ungehorsam erkämpft.

Wenn dieser Obrigkeitsstaat von Gottes Gnaden und mit seinen geistlichen Hohlräumen in einer militärischen Katastrophe endet und der Kaiser in Berlin und der Herzog in Braunschweig abdanken, kann die Kirche dies als das Ende einer Phantasie oder als eine Kränkung ihres Selbstverständnisses empfinden. Sie kann einen Schritt ins Freie tun, nämlich zu mehr Unabhängigkeit vom Staat, oder verbissen um den Status quo kämpfen und prozessieren. Sie tut nicht den Schritt ins Freie, sondern ein Großteil der evangelischen Kirche wendet sich gekränkt gegen die Weimarer Republik. Sie hat in ihrer Verfassung 1919 die ideelle und finanzielle Trennung von Kirche und Staat, ehemals von Thron und Altar beschlossen. § 137: "Es gibt keine Staatskirche". § 138: "Staatsleistungen werden abgelöst".

In der Braunschweiger Landeskirche sitzt diese Kränkung besonders tief, weil vielen Pfarrern nun die Basis ihrer finanziellen Existenz schlicht entzogen ist, denn die sozialistische Räteregierung und die folgenden sozialdemokratischen Landesregierungen verweigern zunächst jene rechtlich zustehenden Staatszuschüsse, die ihnen der Herzog gewährt hatte, und alle Pachteinahmen werden von der Inflation verschlungen. Die Kassen im Landeskirchenamt sind buchstäblich leer, die Pfarrer können kaum bezahlt werden. Die braunschweiger Pfarrer erleben die ideologische Krise verschärft als existenzielle Krise.

Dazu kommt weiterhin, daß die Pfarrerschaft durch den Verlust der Schulaufsicht nicht unerheblich in ihrem Selbstwertgefühl getroffen ist und einen verbitterten Kampf nun wenigstens um den konfessionellen Charakter der Volksschule entfacht. Aber die braunschweiger Sozialdemokraten nehmen es mit der Trennung von Kirche und Staat auch in der Schulfrage ernst und haben unter den Volksbildungsministern Grotewohl und Siegers den konfessionellen Charakter der braunschweigischen Schulen abgeschafft und mehrere dissidentische Schulräte eingestellt.<sup>2</sup> Die sozialistischen Landesregierungen nach 1919 haben aber überdies einen massiv antikirchlichen Zuschnitt. Während ihrer Regierungszeit schnellen die Kirchenaustrittszahlen besonders hoch an: es sind 1922 21.000 und 1928 2.300 Mitglieder.<sup>3</sup> Braunschweig steht mit 113 Freidenkern auf 1.000 Einwohner an der Spitze aller deutschen Großstädte.<sup>4</sup>

"Nur im roten Sowjetlande / gibt es nichts mehr abzugrasen / dort hat man der schwarzen Bande / stramm den Abschiedsmarsch geblasen / Raus Prolet heraus / aus dem Gotteshaus / hetzt er gegen Sowjetrußland / schmeißt den Pfaffen raus/ Wenn es geht zum großen Stürmen / muß die

Priestermacht vergehn / bis von allen Kirchtürmen / unsere roten Banner wehn / Fliegt der Pfaffe raus / aus dem Gotteshaus / dann wird ein Kulturhaus / für das Volk daraus."<sup>5</sup>

Die Kirche antwortet auf diese 'Perlen deutscher Lyrik' mit einem massiven Antisozialismus. Die Sehnsucht der Pfarrer richtet sich auf eine Wiederherstellung der alten Obrigkeitsstruktur.

In den Andachten des Braunschweiger Volksblattes, der Zeitung für die evangelischen Gemeinden, liest sich das 1930/31 folgendermaßen: die kaiserliche Zeit sei die Heils- und Gnadenzeit, die Weimarer Zeit mit Revolution und Arbeitslosigkeit Stunden des göttlichen Gerichtes. Nach solcher "Passionszeit" der 20iger Jahre werde die „Auferstehungszeit“ der 30iger Jahre folgen.<sup>6</sup>

Beim Wahlkampf zum braunschweigischen Landtag im September 1930 gibt die kirchliche Presse dem Sinne nach die Parole aus: "Auf keinen Fall Sozialdemokraten"<sup>7</sup> Sie erhofft sich von der Abwahl der Sozialdemokraten eine Verbesserung ihrer Gesamtlage. Die NSDAP gewinnt am 14. 9. 1930 überraschend hoch - nämlich zu einem Sitz noch zusätzlich 8 neue -, bildet mit den Bürgerlichen die Landesregierung,<sup>8</sup> und diese zahlt in zwei Dezemberraten RM 225.000,- in den kirchlichen Haushalt. Das sind keine Bestechungsgelder, sondern die staatlich zustehenden Zuschüsse in voller Höhe. Das sind RM 85.000,- mehr, als die Regierung Jasper zu zahlen bereit war.

Nun soll es auch in der Schule wieder fromm zugehen, und zwar nach dem Willen des gemäßigten nationalsozialistischen Volksbildungsministers Dr. Franzen: das Schulgebet wird wieder eingeführt, am Reformationstag wird für Schulgottesdienste schulfrei gegeben, 26 dissidentische Lehrer und sieben Schulräte werden aus personalparteipolitischen Gründen entlassen bzw. in den Ruhestand versetzt. Bischof Bernewitz berichtet dem Landeskirchentag, er habe den Eindruck, "daß im Ministerium der Wille besteht, christliche Erziehung nach Kräften zu fördern".<sup>9</sup>

Die Gewinne der NSDAP setzen sich bei den Kommunalwahlen im März 1931 fort. Im Braunschweiger Stadtrat werden zu dem einen Sitz 9 weitere hinzugewonnen, im Wolfenbütteler Stadtparlament liegt die NSDAP mit sieben Stimmen an der Spitze. Eindrucksvoll sind besonders die Gewinne auf dem Lande. In vielen Dörfern wird die NSDAP jetzt stärkste Partei.

Die Anzahl der NSDAP-Ortsgruppen steigt von 21 (1927) auf 90 (1931),<sup>10</sup> die HJ zählt 1930 7 Gruppen, im Dezember 1931 165 Gruppen mit durchschnittlich 12 Mitgliedern.<sup>11</sup>

Die Regierungsbeteiligung der NSDAP und das Anwachsen dieser Partei sind ein regional bedingter Anlaß für die braunschweiger Pfarrer, sich intensiv mit dem Nationalsozialismus zu beschäftigen. Das Landeskirchenamt schlägt im Frühjahr 1931 u. a. das Thema "Die religiöse Richtung der völkischen Bewegung, insbesondere des Nationalsozialismus in ihrem Verhältnis zum Christentum und zur Kirche"<sup>12</sup> zur schriftlichen Bearbeitung vor, und im Herbst werden die Aufsätze in den Predigersynoden zusammengefaßt und diskutiert. Der Grundtenor des Meinungsbildes ist folgender: Die umstrittene Bewegung sei so rasch gewachsen, weil sie das Vaterland wieder zu Ehren gebracht habe; die katholische Kirche und die religiösen Sozialisten warnten zwar, aber es gebe ja den Parteiprogrammpunkt 24, wonach die NSDAP das positive Christentum bejahe; eine besonders religiöse Richtung, die als Konkurrenz zu fürchten wäre, sei nicht in der Absicht Hitlers; die nationalsozialistische Landesregierung habe sich außerdem mit guten Taten eingeführt. Die Kirche habe am Nationalsozialismus eine Aufgabe, nämlich zu klären, was an dieser jungen Bewegung noch ungeklärt sei, das gute Wollen anzuerkennen und hilfreiche Kritik zu üben. "Für die evangelische Kirche wäre es ein schwerer Fehler, wenn sie an der nationalsozialistischen Bewegung vorbeigehen wollte, ihr neutral, kühl, unbeteiligt, ablehnend gegenüberstehen oder sie gar von Kirchen wegen bekämpfen würde ... Es sind viele Fäden, die sich zwischen dem, was der Nationalsozialismus will und dem, was die Kirche will, hin und her spinnen, und es sind auf Seiten des Nationalsozialismus ausgestreckte Arme. Und ausgestreckte Arme sollte man niemals zurückweisen."<sup>13</sup>

Man marschiert also gemeinsam in eine Richtung, nicht hintereinander, sondern in einem selbstständigen, kritischen, vertrauensvollen Nebeneinander. Die warnenden Töne fehlen nicht. Die Kirche warne den Nationalsozialismus, aus Rasse und Volkstum den höchsten Wert zu machen, vor der Torheit einer völkisch-germanischen Religion und vor der Verachtung des Alten Testaments. Das Schlagwort 'Juda verrecke' sei absolut unchristlich.

Bischof Bernewitz, aus dem Baltikum stammend, dort von den Bolschewisten aus Heimat und Amt gejagt, seit 1922 ein von vielen anerkannter und respektierter Bischof der Braunschweigischen

Landeskirche, unterstützt diese Öffnung zum Nationalsozialismus lebhaft. Er verbietet es nicht, wenn schon 1931 die Ehemänner in brauner Uniform in Gandersheim und Helmstedt vor dem Traualtar stehen. Wenn die Nationalsozialisten Feldgottesdienste halten und sich damit zur Kirche bekennen, sollte die Kirche diese nicht zurückweisen, sondern dies als missionarische Aufgabe wahrnehmen.<sup>14</sup>

Aber nicht nur in Braunschweig, sondern auch im Kreis der bischöflichen Kollegen macht Bernewitz aus seinen Sympathien für den Nationalsozialismus keinen Hehl. "In diesem Kreis war ich der erste, der den Nationalsozialismus als die einzige Bewegung erkannte und vertrat, die im Stande sein könnte, das zerrissene deutsche Volk zu einigen, den deutschen Arbeiter wieder in die Volksgemeinschaft zurückzuführen und den Kampf gegen den unheimlich vordringenden Marxismus siegreich vorzunehmen ..."<sup>15</sup>

So liegt das Jahr der Machtergreifung in Braunschweig bereits im Jahr 1930, und das Verhältnis der Landeskirche zur NSDAP ist mit Unterstützung der Kirchenleitung bereits 1931 von einem verständnisvollen, kritischen Nebeneinander geprägt.

## 2. DIE 'DEUTSCHEN CHRISTEN' INTENSIVIEREN DAS VERHÄLTNIS VON LANDESKIRCHE UND NATIONALSOZIALISMUS (1933/34)

Hitler errichtet 1933 über das deutsche Reich eine christliche Diktatur. Vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz, mit dem er die Diktatur installiert, erklärt er, daß seine Regierung in den Kirchen beider Konfessionen die wichtigsten Faktoren der Erneuerung des Volkstums sähe. Hitler weist damit zurück auf die kaiserliche Zeit. Hitler erfüllt die Sehnsucht der evangelischen Kirche nach Rückkehr zu dieser monarchischen, christlichen Obrigkeitsstruktur. Die evangelischen Kirchen jubeln. Ob Diktatur oder Monarchismus ist ihnen gleichgültig. Hauptsache christlich. Hauptsache zurück. Und die Weimarer Republik gilt als ein häßliches, unchristliches Zwischenspiel als ein für alle Mal erledigt. Mit allen jubelt auch die braunschweiger Kirchenleitung: "Mag auch mancher noch die frevelhafte Hoffnung hegen, daß der Strom der Zeit einst doch noch im roten Meer münden werde - die deutsche Erhebung ist wie eine Sturmflut hereingebrochen. Deutschland ist erwacht".<sup>16</sup> Der Aufruf zitiert dann die Zusicherung Hitlers vom Tag von Potsdam (siehe oben). "Damit sind unserer Kirche Türen neu geöffnet und Aufgaben neu gestellt. Die Reichsregierung und das Volk rufen nach der Kirche ... Nun tritt nicht zögernd, sondern freudig und kraftvoll auf den Plan, auch mit deinem 'Deutschland erwache!'.<sup>17</sup>

Am 1. Mai 1933 treten fast ein Drittel der braunschweiger Pfarrerschaft in die NSDAP ein, insgesamt 70 Pfarrer.<sup>18</sup>

Hitler errichtet in Deutschland eine christliche Diktatur, Hitler ist also nicht der Antichrist, wie man das nach 1945 immer wieder gehört hat, im Gegenteil: seine braunen Kolonnen füllen nun die Kirchen, und zwar, wie sich das für eine Diktatur gehört: auf Kommando. Kompanieweise marschieren SA und SS am Heldengedenktag und zu anderen kirchlichen Anlässen, z.B. am Reformationsfest 1933 in die Gottesdienste. "Die Mitglieder der NSDAP, der SA und SS, des Stahlhelm und der Kriegervereine versammeln sich vor dem Deutschen Haus und gehen dann gemeinsam unter Vorantritt einer Musikkapelle hinaus in die altehrwürdige St. Lorenzkirche", wird aus Schöningen gemeldet.<sup>19</sup> Aus Bad Harzburg heißt es: "Nationalsozialistischer Kirchgang... SA geschlossen zum Gottesdienst mit Sturmflagge. Es ist selbstverständlich, daß alle Staats- und Amtswalter und Parteigenossen nach Möglichkeit an diesem Tag den Gottesdienst besuchen. Plätze im Schiff der Kirche sind rechtzeitig zu belegen."<sup>20</sup>

Die Kircheneintrittszahlen, sonst zwischen 400 - 700, schnellen 1933 in der Braunschweiger Landeskirche mit 5.334 in eine unvorstellbare Höhe, 1934 sind es noch fast 2.000, und erst 1937 erreicht sie den gewohnten Stand von 371.<sup>21</sup>

Die Zahl der Taufen übersteigt die Zahl der Geburten!

Die Zahl der Begräbnisse übersteigt die Zahl der Sterbefälle!

Es gibt nur zwei gesellschaftliche Gruppen, die sich 1933 vor Eintritt nicht retten können: die NSDAP und die evangelische Kirche.

Die evangelischen Hilfswilligen dieser christlichen Diktatur sammeln sich 1932 als 'Deutsche Christen' und wollen als Kirchenpartei die Mehrheit in den Synodengewinnen. Sie sind die übereifrigen. Ihr Ziel ist die Macht in der Kirche, ihr Konzept ist das Ineinander von Kirche und Partei. Braune Parteifarbe und violette Kirchenfarbe also als ein Farbgemisch. Bisher lebten Parteigenossen und Christen zwar unter einem Dach, aber in getrennten Räumen nebeneinander Wand an Wand. Jetzt ziehen sie zusammen auf eine Bude. Führer der 'Deutschen Christen' in Braunschweig sind der Pfarrer an St. Katharinen Schlott und Pfarrer Beye in Wenzen.

Ihren Weg zur Macht treten sie zunächst mit Wahlen an. Es kommt zu Kirchenwahlen für die Kirchenparlamente im ganzen Reich im Juli 1933. Der Liste der 'Deutschen Christen' steht überall die Liste 'Evangelium und Kirche' gegenüber. Die Wahl zwischen zwei 'Kirchenparteien' scheint zum Begriff der christlichen Diktatur nicht zu passen. Beide Gruppen sind sich jedoch in ihrem Ja zu Hitler, zum Nationalsozialismus durchaus einig. Sie haben theologisch begründete Unterschiede. Die einen vertreten das Ineinander von Staat und Partei, die anderen das Nebeneinander. Auf der Liste 'Evangelium und Kirche' finden sich in Braunschweig unter vielen anderen Namen folgende: Oberarzt Dr. Vermeil, Oberregierungsrat Dr. Bode, Baurat Hartwig/Blankenburg und die Pfarrer lic. Dosse,

Palmer, Leistikow, Kirchenrat Oelker/Helmstedt, Seebaß/Rautheim. Die Liste der 'Deutschen Christen' wird von Schlott und Beye angeführt. Es folgen u. a. der ehemalige Fraktionsführer der NSDAP im Landtag Kurt Bertram, Landgerichtsdirektor Gerhard, Bäckermeister Vahldieck, Sturmbannarzt Dr. Leidig, Mittelschullehrer Oppe. In Braunschweig wirbt der stellvertretende Gauleiter Schmalz mit einer großen Annonce für die 'Deutschen Christen'. Hitler greift am Vorabend der Wahl über den Rundfunk massiv zugunsten der 'Deutschen Christen' ein.

Das Ergebnis ist unterschiedlich. In Bayern und Westfalen unterliegen die 'Deutschen Christen', in Preußen gewinnen sie eine 2/3-Mehrheit, in Braunschweig 82%. Dompropst v. Schwartz, gegen die 'Deutschen Christen' eingestellt, ist jedoch von der Hitler-Rede so beeindruckt, daß er die Liste 'Evangelium und Kirche' zurückzieht.<sup>22</sup> So besteht der braunschweigische Landeskirchentag zu 100 % aus 'Deutschen Christen'. Als der Landeskirchentag am 28. Juli 1933 im Gebäude des Landtages eröffnet wird, erscheinen alle Synodalen in SA-Uniform. Das ist in diesem Tempo einzigartig im ganzen Reich.

Nachdem die 'Deutschen Christen' ganz legal die Macht der Kirche errungen haben, können sie ihr Konzept des Ineinander durchführen. Dieses Konzept hat zwei Lieblingswörter: Gleichschaltung und Volkskirche.

Gleichschaltung ist die politische Parole der Stunde. Es ist das Stichwort für die Durchführung des Konzeptes des Ineinander auf allen Ebenen. In den drei Wochen vom 18. April bis 9. Mai 1933 wird in der Braunschweigischen Staatszeitung berichtet von der Gleichschaltung im Sport, im Beamtenbund, beim Landesturnverein, beim Landvolk, im Bürgerverein, bei der Anwaltskammer, bei den Milchhändlern, Dentisten, Schrebergärtnern, beim Haus- und Grundbesitzerverein und beim Verband reisender Kaufleute. Und nun auch bei der Kirche. "Erst die Gleichschaltung von Staat und Kirche", so liest man in der Braunschweiger Staatszeitung, "kann die unerhörte Kraftsteigerung hervorbringen, deren die Nation zur Erreichung ihrer Ziele bedarf".<sup>23</sup>

Die organisatorische Gleichschaltung erfolgt durch die Besetzung der Vorstandsposten mit Nationalsozialisten. Der Vorstand des Landespredigervereins wird neu besetzt, die Kirchenleitung wird neu besetzt. Staatsrat Bertram wird nun bis 1945 Mitglied der Kirchenleitung. Er gilt als ausgleichender Mann, aber natürlich auch als standfester Nationalsozialist. Das Bischofsamt wird gleichgeschaltet. Bernewitz geht, vom Pfarrer Schlott gedrängt, in den Ruhestand. Es wird aber nicht nur organisatorisch gleichgeschaltet, sondern auch ideel. Pfarrer Grüner von St. Martini schreibt in seinem Gemeindebrief: "Durch Hitler ist Christus unter uns mächtig geworden ... Weil wir Gott glauben, glauben wir an Deutschland und seine göttliche Aufgabe in der werdenden Kirche und sind darum Deutsche Christen ... Jeder Diener Gottes muß in unserer Volksgemeinschaft Nationalsozialist der Tat sein."<sup>24</sup>

Organisatorische und inhaltliche Gleichschaltung wird zusammengefaßt in der Person von Pfarrer Beye. Der gleichgeschaltete Landeskirchentag wählt den erst 30jährigen Pfarrer Beye als Bischof. Braunschweig hat den "jüngsten Bischof der Welt". Braunschweig ist also auch in dieser Hinsicht vorn. Beye berichtet in der Braunschweiger Tageszeitung von seiner Gemeindefarbeit in Wenzen: "... aus dem ganzen umliegenden Bezirk kamen sie zu dem Nazipastor in Wenzen und jedem wurde geholfen ... Dadurch habe ich meine Gemeinde zusammengeschweißt, so daß wir allesamt vor dem 30. Januar Nationalsozialisten waren". Im Hinblick auf den Neubau der Kirche erklärt Beye: "Ich denke mir die Kirche als Volkskirche. Das Wort Volk ist ganz groß geschrieben. Die Volkskirche darf nur erwachsen auf dem Boden der Volksgemeinschaft, d. h. auf Blut und Boden und Glaube. Auf dieser Dreiheit werden wir aufbauen müssen."<sup>25</sup>

1933 glaubt man in vielen Teilen der Deutschen Evangelischen Kirche, jetzt könne die schwerkranke, volkskirchliche Situation geheilt werden. Nun könne der Hohlraum endlich und echt ausgefüllt werden. Die evangelische Kirche glaubt sich am Beginn einer gründlichen Gesundung und befindet sich, ohne es zu wissen, in einer noch größeren fieberartigen Erkrankung mit erhöhter Temperatur und noch gesteigerten Phantasien.

Volkskirche soll gelingen durch Volksmission. Die nationalsozialistischen Massen sollen für die Kirche gewonnen werden. Es soll nicht wieder so gehen wie 1922, als die Arbeiter der Kirche davon

liefen. Dieser volksmissionarische Schwung wird am 1. Aufruf der mit Beye, Bertram und Breust gleichgeschalteten Kirchenregierung vom August 1933 hörbar. Durch Gottes Hilfe seien Ehre, Freiheit und Frömmigkeit wieder die Fundamente unseres Lebens geworden. Von der Begeisterung für die völkische Erneuerung Deutschlands erfüllt, gehe das evangelische Kirchenvolk entschlossen an den Umbau der evangelischen Kirche heran. Die Kirchenregierung "erwartet, daß das braunschweigische Kirchenvolk ebenso wie die Pfarrer sich restlos für dieses große Ziel einsetzen ... Arbeiter und Bauern, Studierende und Handwerker, SA-Männer und Soldaten, die werbende Kirche ruft euch zu: Kommt alle her und helft mit, den großen Dom bauen zu Gottes Ehre."<sup>26</sup>

Die Grenzen zwischen Gottesreich und Drittem Reich, von deutschem Volk und Gottesvolk werden unklar und verschwimmen ineinander. Die Partei könnte jetzt auch gut CNSDAP heißen: christlich-nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Auf dem Kopf des Amtsblattes werden Hakenkreuz und Christenkreuz ineinander gedruckt. Der Konfirmandenunterricht soll mit dem Hitlergruß beginnen. Pfarrer, die nicht arisch oder arisch verheiratet sind, sind aus dem Kirchendienst zu entlassen. Wer nicht die Gewähr dafür bietet, daß er rückhaltlos jederzeit für den nationalen Staat und die Evangelische Kirche eintritt, kann in den Ruhestand versetzt werden. Es werden 28 Thesen von der Kirchenregierung angenommen und zu Weihnachten 1933 von den Kanzeln verlesen, mit denen die Kirche "wirklich ins Dritte Reich hineingebaut werden soll", wie der Verfasser, Professor Grundmann aus Leipzig im Vorwort ausführt.<sup>27</sup>

Gegen dieses Konzept des Ineinander hatte sich bei den Wahlen im Juli 1933 bereits die Gruppe 'Evangelium und Kirche' aufstellen lassen. Diese Opposition verstärkt sich erheblich. Am 30. November 1933 hält Bischof Beye in Dannes Hotel eine große, gutbesuchte Pfarrerversammlung ab. Dort will die oppositionelle Pfarrergruppe Widerspruch besonders gegen die Einführung des Arierparagraphen einlegen. Als ihrem Sprecher das Wort entzogen wird, verlassen 42 Pfarrer den Raum, treffen sich im Börsenhotel und gründen im Flottenvereinszimmer den Pfarrernotbund. Auf Reichsebene hatte Pfarrer Niemöller aus Dahlem einen solchen Pfarrernotbund bereits in Leben gerufen. Seine führenden Köpfe in Braunschweig sind Pfarrer Lachmund und Kirchenrat Palmer aus Blankenburg, Dompropst v. Schwartz aus Braunschweig. Der Pfarrernotbund widerspricht schriftlich einem von Beye ein-geführten Konfirmandenbuch mit germanisch-völkischen Einlagen, vor allem den 28 deutsch-christlichen Thesen und entzieht ihm - das ist in der Landeskirchengeschichte einmalig - am Tage seiner glanzvollen Einführung im Januar 1934 schriftlich die Vertrauensgrundlage.

Beye und das Landeskirchenamt unter der juristischen Federführung von Oberkirchenrat Breust reagieren so, wie es in einer christlichen Diktatur guter Stil ist: sie drohen mit KZ, setzen ab, versetzen, entlassen aus dem Dienst.<sup>28</sup>

Es entsteht in der Landeskirche Unruhe und Verwirrung. 1933/34 werden 18 Pfarrer auf Antrag in den Ruhestand versetzt, drei werden zwangsweise in den Ruhestand versetzt und einer aus dem Dienst entlassen.

Diese heiße Phase unter Beye findet ein chaotisches, abruptes Ende. Beye hat sich auch auf Kreisebene der NSDAP durch seine gewaltsamen Allüren unbeliebt gemacht. Er wird wegen einer geringfügigen Kollektenunterschlagung denunziert. Staatsanwalt Rasche aus Braunschweig greift zu und am 10. und 11. März 1934 kommt es zu einer Verhandlung vor der 2. Großen Strafkammer.<sup>29</sup> Der Vorsitzende Lachmund fordert Beye zu Beginn seiner Aussage auf, das Hoheitszeichen der Partei abzulegen. Das ist das Ende des Ineinander von Partei und Kirche. Beye wird zwar mangels Beweisen freigesprochen, aber von der Partei fallengelassen. Die Partei schreibt an die Reichskirchenregierung am 2. Juni 1934: "Es erscheint der Reichsparteileitung, Abteilung für kulturellen Frieden, ausgeschlossen, daß eine Wiedereinstellung des früheren Landesbischofs Beye erfolgt".<sup>30</sup> Beye verläßt im November 1934 die Landeskirche.

### 3. DAS VERHÄLTNISS VON NATIONALSOZIALISMUS UND LANDESKIRCHE STABILISIERT SICH (1934 - 45)

Die Zeit von 1934 - 1945 ist geprägt von zunehmender Stabilisierung des Verhältnisses von nationalsozialistischem Staat und evangelischer Kirche. Es bleibt also dabei: bis 1945 ist der Hitlerstaat christliche Diktatur. Das war nicht etwa nur ein Sündenfall des Jahres 1933. Die stabilisierenden Faktoren sind von seiten der evangelischen Kirche das Luthertum und von seiten des Nationalsozialismus das durchlaufend benutzte volkikirchliche Vokabular.

Das Luthertum ist als wesentlich stabilisierender Faktor widerstandsunfähig. Diese Widerstandsunfähigkeit der lutherischen Landeskirche hängt mit ihrem Verständnis vom Staat als einer von Gott eingesetzten Obrigkeit zusammen, der man - ob sie nun Nero, Hitler oder Klagges heißt - Gehorsam schulde. Gehorsam bis zur Katastrophe.

Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 veröffentlichte der lutherische Landesbischof Marahrens aus Hannover (der zugleich im Vertrauensrat der DEK sitzt) folgende Gebetsempfehlung:

"Heiliger, barmherziger Gott! Von Grund unseres Herzens danken wir Dir, daß Du unserm Führer bei dem verbrecherischen Anschlag Leben und Gesundheit bewahrt und ihn unserem Volke in einer Stunde höchster Gefahr erhalten hast. In Deine Hand befehlen wir ihn. Nimm ihn in Deinen gnädigen Schutz. Sei und bleibe ..."<sup>31</sup> Dieses Staatsverständnis als Obrigkeit erwächst aus einem patriarchalisch geprägten Familienverständnis des Luthertums. Eltern und Herren werden bei Luther zusammengesehen, und alle Familienangehörigen werden ermahnt, Eltern und Herren nicht zu verachten und zu erzürnen, sondern sie in Ehren zu halten, ihnen dienen, gehorchen, sie lieb und wert halten.

Die von diesem lutherischen Leitbild geprägten Bürger werden sich auch gegenüber Hitler zunächst in schuldigem Gehorsam üben.

Exponent dieser lutherischen Linie in Braunschweig ist Bischof Johnsen. Johnsen wird im November 34 Nachfolger von Bischof Beye. Er stellt rasch das bewährte, alte Konzept von 1931 des vertrauensvollen, kritischen Nebeneinander von Staat und Kirche wieder her, holt die disziplinierten Pfarrer ins Amt zurück und erklärt in einem Grußwort an die Gemeinden: "Jeder im Lande soll wissen, daß ich bewußter Lutheraner bin ... Jeder im Lande soll wissen, daß ich Nationalsozialist bin ..."<sup>32</sup>

Unter seiner Leitung begleitet die gesamte Landeskirche ihre Obrigkeit mit Gebeten, Dankgottesdiensten und Festgeläuten:

Am Jahrestag der Konterrevolution des 30. Januar werden die Pfarrer vom Landeskirchenamt regelmäßig aufgefordert, gesonderte Gottesdienste am Vorabend oder am Festtag selber zu halten. Der Bischof erklärt, was der Tenor dieser Gottesdienste sein soll: "Die Pflicht dankbarer Verbundenheit mit dem nationalsozialistischen Staat, der unser Vaterland vor dem Untergang bewahrt hat, muß am Gründungstag des Dritten Reiches in allen evangelischen Herzen geweckt und gefördert und vertieft werden." Johnsen begründet diese Verbundenheit von Nationalsozialismus und Kirche damit, daß es dem nationalsozialistischen Staat nach allen seinen Erklärungen und Maßnahmen heiliger Ernst damit sei, daß Kirche sein soll im Dritten Reich. Gerade auch bei aufkommenden Spannungen sei an dieser Verbundenheit festzuhalten.<sup>33</sup>

Nach der Saarabstimmung werden im Januar 1935 überall Dankgottesdienste abgehalten. Zur Abstimmung im März 1936 verfaßt Bischof Johnsen ein "Gelöbnis der Treue". "So setzt sich das evangelische Deutschland in dieser weltgeschichtlichen Stunde in einmütiger Geschlossenheit für die Hochziele der deutschen Politik ein. Wir handeln und wir beten. Das ist unsere Tat: das Ja für Adolf Hitler. Das ist unser Gebet: Gott segne den Führer und sein Werk."<sup>34</sup> Dieser Stil wiederholt sich ermüdend bei der Besetzung Österreichs und an den Geburtstagen des Führers.

Am 49. Geburtstag, dem 20. April 1938, werden alle Pfarrer der Landeskirche auf die Person Hitlers nach einem feierlichen Gottesdienst in der St. Martinikirche vereidigt und schwören:

"Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe."<sup>35</sup> Einige Pfarrer tun dies schweren Herzens und erzwingen vom Bischof, daß er im Protokoll ihr Ordinationsgelübde der Eidesformel voransetzt.

Der andere stabilisierende Faktor ist das ständige volksskirchliche Gehabe und Vokabular, das Hitler und Göring u. a. zur Schau tragen: Göring heiratet, natürlich kirchlich, im Berliner Dom. Emma Göring kriegt ein Kind. Natürlich Taufe. Der Führer ist Pate. Die Bilder vom Patenonkel gehen durch die Braunschweiger Presse.

Hitler redet: Nach seiner Rede zur Rückkehr des Saarlandes 1935 erklingt der Choral: 'Nun danket alle Gott'. Hitler redet in den Kölner Messehallen 1936. Vorher ertönen die Domglocken. Nachher der Choral Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten ...'. "Ein ganzes Volk singt ein Lied", schreibt die Braunschweiger Tageszeitung. Streicher spricht im April 1938 in Braunschweig: "Manches in der Geschichte der Bewegung sei nur richtig zu verstehen, wenn man an einen göttlichen Auftrag des Führer glaube."<sup>36</sup> Es geht um die Zustimmung der Deutschen zum sogen. Anschluß Österreichs. Hitler betont auf seiner Wahlreise immer wieder, die Ereignisse in Österreich seien von Gott gewollt, sie seien ein Wunder, die Wahl müsse eine heilige Wahl sein. Nach seiner Abschlußrede in Wien wieder: "Wir treten zum Beten ... Da war, kaum begonnen, der Streit schon zerronnen. Du Gott warst ja mit uns, der Sieg, er war Dein."<sup>37</sup> So wünschen sich die Deutschen ihre Führung 1938: zupackend, wiedervereinigend, christlich.

Das christliche Etikett der nationalsozialistischen Diktatur ist keine Spezialität Hitlers, sondern in Braunschweig versteht sich auch Ministerpräsident Klagges als lutherischer Christ. Klagges hat als Lehrer in Schleswig-Holstein theologische Fachliteratur gelesen, unter völkischen Gesichtspunkten eine Ausgabe des Markusevangeliums mit dem Titel "Das Urevangelium Jesu" herausgegeben und ausführlich kommentiert. Das Buch erlebt 4 Auflagen. Goebbels urteilt am 29. Mai 1926 in seinem Tagebuch: "Vielleicht ein epochales Werk."<sup>38</sup>

Die braunschweigische Staatsregierung von 1933 versteht sich als christliche Obrigkeit. Der Eröffnung des Landtages am 29. 4. 1933 geht ein Gottesdienst im Dom voraus. Das war unter sozialdemokratischen Regierungen schlecht denkbar. Diesen Gegensatz hebt Landtagspräsident Bertram am Schluß seiner Eröffnungsrede hervor. "Am Beginn unserer Arbeit steht im Gegensatz zu einer kläglichen Vergangenheit der Befehl: Laßt uns beten! So sind wir vorhin im alten Dom gewesen, haben das Wort Gottes gehört und sind jetzt in diesen Saal gezogen, der sein schönstes Festkleid angezogen hat ..."<sup>39</sup> Wenn jetzt auf den deutschen Gotteshäusern das Christenkreuz wieder sicher stehe, dann deshalb, weil auf den Regierungsgebäuden das Hakenkreuz wehe, betont Bertram wenig später bei der Eröffnung des Landeskirchentages.<sup>40</sup>

Klagges tritt auch 1937 nicht, wie viele andere Nationalsozialisten, aus der Kirche aus. Es läßt seine Kinder konfirmieren, und Gauleiter Lauterbacher denunziert Klagges bei Himmler und Bormann mit einem Brief vom 20. 5. 1942, in dem er "...über die christlichen Bindungen des Parteigenossen Klagges" berichtet.<sup>41</sup> Die Christlichkeit von Klagges veranlaßt Himmler zu folgendem Brief an den SS-Gruppenführer Panke in Braunschweig: "Lieber Panke, ich hörte neulich, daß SS-Obergruppenführer Klagges seinen jüngeren Sohn habe konfirmieren lassen und daß er und seine Frau selbst das Abendmahl genommen haben sollen. Ich darf Sie bitten, mir über diese unwahrscheinlich erscheinende Handlungsweise des SS-Obergruppenführers Klagges Bericht zu erstatten..."<sup>42</sup>

Panke erhält von der Gestapo einen Bericht, in dem bestätigt wird, daß Klagges in Uniform am Gottesdienst teilgenommen habe, aber nicht am Abendmahl. Klagges erklärt seinem persönlichen Referenten Behrens dazu: "...solange Reichsleiter und Reichsstatthalter an kirchlichen Veranstaltungen wie Prozessionen und dergleichen teilnehmen, könne er noch seine Kinder konfirmieren lassen. Wie sich die Kinder später zur Kirche stellen, überlasse er ihnen selbst."<sup>43</sup>

Der nationalsozialistische Staat erfüllt in der Rolle der Obrigkeit nicht nur die christliche Etikettierung, sondern auch obrigkeitliche Funktionen. Er hat also Aufgaben gegenüber der Kirche, z. B. die Mitwirkung bei der Besetzung der Ämter, die Aufsicht über Vermögen und Finanzen. Er hat auch Verpflichtungen, und das braunschweigische Staatsministerium zahlt pünktlich seine Staatsleistungen, zu denen es verpflichtet ist (RM 300.000 bis 400.000).

Bevor Johnsen Bischof wird, holt er sich das Plazet von Ministerpräsident Klagges. Hitler installiert sogar ein "Ministerium für kirchliche Angelegenheiten". Dieses Ministerium ordnet die Einrichtung von Finanzabteilungen in den Landeskirchenämtern eben zur Aufsicht über die Finanzen an. Das ist absolut legal und eine Folge der von der lutherischen Kirche gewollten Obrigkeitsstruktur. In

Braunschweig wird diese Finanzabteilung zunächst mit dem bewährten eigenen Juristen Dr. Lambrecht besetzt, später wird es zu einem Instrument grausamer, selbstverschuldeter Einmischung. Ist das alles, was die evangelische Kirche an Einstellungen zum Staat zu bieten hat? Die Antwort lautet: nein. Hier muß nun von der Barmer Synode im Mai 1934 berichtet werden. In Barmen treffen sich aus allen Landeskirchen 138 Abgeordnete. Aus Braunschweig nehmen Pfarrer Lachmund und der nun arbeitslose Chefstenograph des Braunschweigischen Landtages Oberregierungsrat Bode teil. Die Synode verabschiedet sechs kirchenhistorisch bedeutsame Sätze, deren 5. These sich mit dem Verhältnis Kirche - Staat befaßt und feststellt:

"Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen."<sup>44</sup>

Damit deutet sich bereits 1934 die Möglichkeit nicht nur zu vereinzeltm Widerspruch, sondern zu Widerstand gegen den totalen Staat, gegen die christliche Diktatur an. Dieser Widerstand hat in den preußischen Landeskirchen erhebliche Konsequenzen. Ein Teil der Pfarrer trennt sich von den offiziellen Kirchenleitungen, richtet eigenen Synoden und Kirchenleitungen ein, erhebt eigene Kollekten, prüft selbständig die Vikare, die nun auf ihre normalen Pfarrergehälter verzichten.

In den lutherischen Kirchen dagegen und auch in der Braunschweigischen hat die Barmer Synode keine entscheidende Bedeutung gewonnen.

Beispiel: der 2. Weltkrieg.

Ich möchte das Verhältnis von nationalsozialistischem Staat und evangelischer Kirche noch an einem Beispiel verdeutlichen, nämlich an der Haltung beider zum "Krieg".

Der 2. Weltkrieg beginnt nicht erst am 1. 9. 1939. Auf den Kriegsfall werden die Braunschweiger schon 1935 eingestellt. Die Braunschweiger Tageszeitung bringt im Mai 1935 einen großen Aufmacher "In der Luftschutzschule" mit mehreren Fotos. Untertitel: "Hier löscht eine mutige Mutter einen Dachkammerbrand". und hellsichtig: "Jede deutsche Stadt ist für Bombenflieger erreichbar." Man solle den Dachboden entrümpeln.<sup>45</sup>

Bereits einen Monat später platziert sie dasselbe Thema: "Frauen im Luftschutz - ein Gebot der Stunde". Die Heimat wird folgendermaßen präpariert: "Die Eroberung des Luftraumes für die Kriegsführung trägt jedoch die Gefahr in sich, in einem neuzeitlichen Krieg die Zivilbevölkerung und damit das Heimatgebiet der vernichtenden Gewalt der Luftwaffe auszusetzen."<sup>46</sup>

Später werden Verdunkelungsübungen abgehalten. 1937 erhalten die Pfarrer Mobilmachungsbescheide. Das Kriegerische ist das tägliche Brot des Nationalsozialismus.

Als dann der 2. Weltkrieg von dem Nationalsozialismus begonnen wird, erklärt Goebbels folgerichtig, dieser Krieg sei nur eine Fortsetzung der Politik des Führers mit anderen Mitteln. Es sei ein politisch motivierter Krieg.

Wenn eine christliche Diktatur einen Krieg beginnt, ist das immer ein Kreuzzug. Der Kreuzzug Hitlers geht gegen den atheistischen Osten. Als der Russlandfeldzug beginnt, telegraphiert Bischof Marahrens an Hitler: "Das deutsche Volk und mit ihm alle christlichen Glieder danken Ihnen für diese Ihre Tat," denn dieser entscheidende Waffengang geht ja "gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländisch-christlichen Kultur."<sup>47</sup> Damit wird die Kreuzzugs-idee auch von der evangelischen Kirche pflichtgemäß, ordnungsgemäß aufgenommen. Aber längst vorher hat die Kirche die nationalsozialistische Idee "nur wer kämpft, hat Lebensrecht", positiv aufgegriffen. Besonders die 'Deutschen Christen' werden nicht müde zu betonen: "Wehrpflicht ist Gottesordnung", "Unser Glaube ist Kampf Glaube". Gegenstand der Verkündigung ist der "heldische Christus". "Der Hirt muß Krieger sein", schreibt das Braunschweigische Volksblatt bereits 1934.

Im Oktober 1934 veröffentlicht das Blatt der 'Deutschen Christen' "Evangelium im Dritten Reich" folgendes Gedicht:

"Zu leben heißt: ein Kriegspanier / in gut und bösen Tagen / sei's auch zerfetzt, zerfasert schier / starkherzig vorwärtstragen. / Denn leben heißt: nach Frieden hier / nach Waffenrast nicht fragen; / nein, leben heißt: Das Kriegspanier / zu Gottes Händen tragen!"

Als der 2. Weltkrieg beginnt, stellt die evangelische Kirche das Wort Gottes in den Dienst zur Erringung des Sieges. "Durch viele Trübsale - aber ins Reich Gottes", lautet die Überschrift im Braunschweiger Volksblatt nach Kriegsbeginn.<sup>48</sup>

Wer also die Trübsale, z.B. des Krieges auf sich nimmt, geht ins Reich Gottes ein. Wer den Heldentod stirbt, wird selig. Schließlich habe der Krieg immer auch seine guten Seiten, heißt es in der nächsten Nummer: Kameradschaft, Hilfsbereitschaft und die Fürsorge der Vorgesetzten. In besonderer Einfältigkeit staunt man über die sorgfältige Vorbereitung:

"Schon die Ausrüstung ließ uns erstaunen über die unbestreitbare Sorgfalt ... Alles ist solide und dauerhaft gearbeitet und man spürt, daß die Verantwortlichen nach Möglichkeit Vorsorge getroffen haben."<sup>49</sup>

Der Sieg über Polen wird mit folgenden Worten gefeiert: "Wir danken IHM, dass ER unseren Waffen einen schnellen Sieg gegeben hat. Wir danken IHM, daß uralter deutscher Boden zum Vaterland heimkehren durfte."<sup>50</sup>

Am 3. 10. 1939 erhalten die Propste die Aufforderung, die Pfarrer zu veranlassen, daß vom Tag des Einmarsches der deutschen Truppen in Warschau an mittags von 12 - 13 Uhr geläutet werden soll und zwar sieben Tage lang.

Nach dem Sieg über Frankreich heißt es im Braunschweiger Volksblatt: "In tiefer Demut beugen wir uns vor IHM, der unserm Volk die Gnade gegeben hat, so Großes zu vollbringen. Er halte seine schützende Hand über unseren Führer und über alle, die unseres Landes Grenzen schirmen."<sup>51</sup> In allen Stadt- und Landkirchen Braunschweigs finden Dankgottesdienste statt.

Im Laufe des Krieges werden 115 Pfarrer aus der Braunschweigischen Landeskirche eingezogen, das ist mehr als die Hälfte aller Gemeindepfarrer. 35 Pfarrer und Diakone fallen. Bis Ende 1944 sind 91 Kirchen und 76 andere Gebäude beschädigt, davon 17 total und 44 schwer.

Das Verhältnis von Staat und Kirche bleibt bis zum Kriegsende in seinen großen Konturen stabil. Beide leben unter einem Dach. Dabei gibt es allerdings in dieser Hausgemeinschaft auch Hauskrach. Die Partei, zeigt nämlich verschiedene Gesichter. Sie bringt schwierige Gäste mit ins Haus.

#### 4. DIE DOPPELSTRATEGIE DER PARTEI GEGENÜBER DER KIRCHE

Während die lutherische Kirche ihrerseits an dem Nebeneinander von Staat und Kirche festhält, zeigt sich die Partei zunehmend doppelgesichtig. Göring, Frick z.B. sind anfangs Anhänger des vertrauensvollen Nebeneinander. Rosenberg, Himmler, Bormann dagegen wünschen eine klare Verordnung des nationalsozialistischen, germanischen Rassismus, dem sich eine arisch orientierte Kirche unterzuordnen habe.

Diese Doppelgesichtigkeit wird in Braunschweig zum ersten Mal beim Gauparteitag im Juni 1934 deutlich:

Gauleiter Rust übernimmt auf dem Domplatz den christlichen Teil der Ansprache und erklärt: "Wie wir keinen Tempel bauen wollen neben den christlichen Kirchen, so wollen wir auch kein neues Walhall uns erdichten als Konkurrenz für den christlichen Himmel ... Nun tue man den letzten Schritt, man lasse das Kreuz in den Kirchen und lasse das Hakenkreuz auf dem Thingplatz und auf dem Sportplatz herrschen."<sup>52</sup> Rosenberg dagegen spricht über den angeblich uralten germanischen Weisheitsspruch: "Von der Schulter schieb, was fremd dir erscheint, und richte dich selbst nach dir selber." Von der Schulter soll natürlich die christliche Lehre geschoben werden. In Vergangenheit und Gegenwart werde nun eine neue sittliche Bewertung vorgenommen werden. Heiliges Land liege nicht irgendwo im Morgenland, sondern heiliges Land sei der Rhein und sei Niedersachsen. Er sei sich bewußt, großen, geistigen Kämpfen entgegenzugehen.

Braunschweig macht auf Rosenberg einen guten Eindruck. "...ganz Braunschweig in freudiger Zustimmung wie wohl nie," notiert er unter dem 28. 6. in sein Tagebuch.<sup>53</sup>

Rosenbergs Ideen fallen auf fruchtbaren Boden. Am nächsten Tag heißt es im Leitartikel der Braunschweiger Tageszeitung:

"Wir lehnen alles Artfremde ab und scheuen keine Konsequenz. Wir trennen uns von Gewohnheiten, auch wenn sie uns bequem und lieb geworden sind, auch wenn wir sie in Jahrhunderten angenommen haben, sofern sie unserer eigenen Art nicht entsprechen. Was uns der Süden und Westen Europas an Anschauungen gebracht hat, schütteln wir ab, weil es nicht zu unserm Heil ausgeschlagen hat und ausschlagen kann."<sup>54</sup>

Die genannten Konsequenzen spiegeln sich in den Kirchengaustrittszahlen ab 1934, die lawinenartig ansteigen: 1934: 245, dann: 705/1.500/4.200/4.500 und 1939: 4.924 Personen.

Diese Rosenberg-Linie wird anschaulich durch den Bau der Thingstätte am Nußberg mit 10.000 Stehplätzen und 7.500 Sitzplätzen. An den Ehrentagen der Nation wolle sich dort die Braunschweiger Bevölkerung zusammenschließen zu Besinnung und Freude, "und uns allen wird dort geschenkt werden, was wir seit langem ersehnen: Kraft durch Freude."<sup>55</sup>

Braunschweig hat die erste Thingstätte Niedersachsens. Holzminden erhält auch eine. Die rassische Schulung soll in Aufbauhäusern folgen, die langsam die Kirchen ersetzen sollen. Aufbauhäuser entstehen in Lehdorf, Merverode, Alversdorf und groß geplant im Salzgitter-Gebiet. Die Sonnenwendfeiern werden auf den Anhöhen des Landes romantisch aufgezogen. Der Bauernkalender für 1935 erscheint mit einem braunen Kirchenjahr: aus Himmelfahrt wird Donars Heimholung, Pfingsten ist Minnetag mit Birken und Ginstermaien, Heilig Abend ist Baldurs Lichtgeburt.

"Stille Nacht, heilige Nacht/ in dir ruht, jäh erwacht /  
hehres Erbe aus uralter Zeit / findet uns Deutsche zum Kampf  
bereit / heut ist Baldur geboren!"<sup>56</sup>

Professor Berger von der Technischen Universität hält 1935 die Weihrede bei der ersten braunen Trauung im Braunschweigischen Rathaus, der andere folgen.

Durch diesen Rosenbergteil der Partei kommt es auch zu Störungen in der kirchlichen Arbeit: Musiktruppen marschieren während des Gottesdienstes um die Kirchen herum, Jugendliche werden zu Sonntagsübungen abkommandiert, Freizeitlager werden mit Auflösung bedroht, Predigten werden abgehört, nicht wenige Pfarrer müssen sich Verhören und Befragungen unterziehen, ein Führerwitz am späten Abend einer Konfirmation kann schon eine peinliche Befragung auslösen, der Bischof bekommt Einreiseverbot für Thüringen, im August 1937 wird er im Polizeiauto von Schmalkalden nach Coburg verfrachtet.

Die Pfarrer registrieren diese Störungen der kirchlichen Arbeit irritiert. Einer schreibt an den Bischof: "Ich schrieb Ihnen vor einiger Zeit über die Feindseligkeiten, Unfreundlichkeiten und Schwierigkeiten, die man der Kirche seitens der Parteiorganisation zuteil werden läßt, auch da, wo, wie hier, alles sonst ruhig und friedlich mit Partei und Kirche zugeht ... Stürmer, SA-Mann, Schwarze Korps und andere werden immer frecher und dreister in ihrem Auftreten gegen die Kirche. Wehrt man sich eigentlich nicht dagegen? Manches berührt mich wie aus einer, wie ich dachte, längst verschwundenen, marxistischen Zeit. Ich finde durch das alles nicht durch..."<sup>57</sup>

Besondere Zielscheiben dieser Absetzbewegungen von der Kirche sind der Braunschweiger Dom, das Landeskirchenamt und die kirchlichen Finanzen.

Am 12. Juli 1935 besichtigt Hitler überraschend im Braunschweiger Dom die geöffnete Gruft Heinrich des Löwen. Er bewilligt zur Renovierung RM 400.000,--. Der Dom bleibt nach einer Übereinkunft zwischen dem Bischof und Klagges für eine Übergangszeit geschlossen. Es gibt jedoch Ärger, als erst die HJ, dann die Frauenschaft im Herbst 1935 den Dom zu einer Feierstunde genehmigt bekommen, den Altar jedoch nicht herrichten und das Kruzifix verhängen. "Hiermit fängt der Kirchenkampf bei uns an", bemerkt Bischof Johnsen am 16. Oktober in Seesen, bei der Arbeitstagung der Pröpste. - Am 2. 1. 1936 veröffentlicht die Braunschweiger Tageszeitung Skizzen, die das Ausmaß der nun geplanten Renovierungsmaßnahmen ahnen lassen. Es geht nicht nur um eine Gruftrenovierung, sondern um eine Domrestaurierung. Der Bischof versucht, den Dom für die Landeskirche zu retten, indem er zunächst selber das Dompfarramt wahrnimmt, dann Pfarrer Johannes Schomerus dafür gewinnt. Das ganze Jahr 1936 finden im Dom Gottesdienste statt. Aber Klagges setzt sich durch. Er erhält ratenweise von der Reichskanzlei weitere Summen - bis zur Endabrechnung im April 1940 sind es RM 650.000,-- - für eine architektonisch gesehen durchaus stilvolle Renovierung, wenn man von den germanischen Grottezeichnungen oberhalb des Mittelschiffes absieht. Diese Umgestaltung geschieht ohne Absprache mit dem Landeskirchenamt, da ja der Dom im Eigentum des Staates steht und zu seiner Gemeinde vor allem die Mitglieder des Herzoghauses, der Staatsministerien und die Staatsbediensteten gehören. 1938 wird das Gebäude des Dompfarramtes abgerissen, am 29. 12. 1939 wird die Domgemeinde aufgehoben. Nach dem Umbau finden im 'Staatsdom Heinrich des Löwen' Feierstunden zum Erntedank, der Hitlerjugend und des Gemeindetages statt. Es sprechen v. Schirach und wiederholt Rosenberg. Agnes Miegel und andere Prominente besuchen den Dom.<sup>58</sup>

Die Umwandlung des Domes in eine nationalsozialistische Weihestätte bedeutet für Klagges noch keine Unterwerfung des kirchlichen Lebens in der Stadt Braunschweig. Der Dom ist umgeben von 8 anderen großen Stadtkirchen im Stadtinneren, die alle den Gemeinden im Dritten Reich sonntags und alltags ungehindert zur Verfügung stehen.

Schwerwiegender erscheint der Einfluß der Partei auf das Landeskirchenamt. Im Sommer 1938 wird Oberregierungsrat Hoffmeister aus dem Staatsministerium Vorsitzender der Finanzabteilung. Er verdrängt die bewährten Juristen Dr. Lambrecht und Dr. Jürgens, stellt die Oberkirchenräte Röpke und Seebaß kalt, holt sich als Mitarbeiter den von Johnsen seit 1934 beurlaubten Oberkirchenrat Dr. Breust, streicht die Mittel für die kirchliche Arbeit erheblich zusammen und verhökert im Laufe der Jahre 900 Hektar Kirchenland. Das kann ihm nur gelingen, weil er dafür im Landeskirchenamt eine Reihe von hilfswilligen, anpassungsfähigen Mitarbeitern findet. Als 1949 das Landeskirchenamt eine Dokumentation über die Ära Hoffmeister herausgibt, wird diese Mithilfe durch das Landeskirchenamt verschwiegen.<sup>59</sup>

Der schwerwiegendste Eingriff ist für den 1. April 1941 vorgesehen. Das Braunschweigische Staatsministerium plant, sämtliche staatliche Zuschüsse an die Kirche zu streichen, der Kirche auch das Einziehen von Kirchensteuern zu verbieten und stattdessen die Erhebung von Beiträgen zu gestatten. § 2 des Gesetzentwurfes lautet: "Zu Beiträgen können die volljährigen Mitglieder der Religionsgesellschaften herangezogen werden." Der Staat behält sich jedoch die Genehmigung der Beitragsordnung (§ 6) und des Vollzuges (§ 7) vor. Damit soll die Kirche statt des öffentlich rechtlichen Charakters eine Vereinsbasis erhalten.<sup>60</sup> Dieses Modell wird bereits im Warthegau praktiziert. Bormann schreibt unter dem 10. 2. 1941 an das Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, man wolle in Braunschweig Erfahrungen sammeln, die nach dem Kriege im ganzen

Altreich ausgewertet werden könnten. Hitler jedoch will den Krieg nicht mit innen-politischen Spannungen belasten. Staatssekretär Lammers teilt aus dem Führerhauptquartier unter dem 6. 3. 1941 mit, daß Hitler "... die Fragen der Neuregelung des Kirchensteuerrechtes im Altreich noch aufgeschoben wissen will." Damit ist das Projekt wieder in der Schublade des Staatsministeriums bis zum Endsieg. Das Konzept des Nebeneinander ist zwar angefochten, aber es ist nach wie vor die Geschäftsbasis zwischen der braunschweigischen Landeskirche und dem Staatsministerium. Das Hakenkreuz allerdings verschwindet aus dem Kopf des Amtsblattes, nicht weil die Landeskirche vom Nationalsozialismus abrückt, sondern weil die Partei die Verwendung nationalsozialistischer Symbole verbietet.

## 5. DIE BILANZ DES KONZEPTEDES DER ÖFFNUNG

Die braunschweigische Landeskirche hat von der Konzeption des vertrauensvollen Nebeneinanders durchaus profitiert:

In der nationalsozialistischen Zeit gelingt es der Landeskirche den Kirchbau wieder anzukurbeln. Während in den 20iger Jahren keine einzige Kirche errichtet wurde, werden von September 1934 bis zum Erntedank 1940 allein 5 Kirchen gebaut. In Wolfenbüttel wird 1936 ein neues Predigerseminar bezogen, in Rábke wird ein Jugendheim eröffnet, mehrere Pfarrhäuser werden gebaut, eine Vielzahl von Dorfkirchen überholt und festlich eingeweiht.

Auch die Personallage bessert sich. Bischof Johnsen kann 1935 - 37 allein sieben Diakonstellen neu einrichten und auch besetzen. Die Anzahl der Pfarrstellen wird vermehrt. Braunschweig erlebt 1933 einen Zuzug von auswärtigen Pfarrern und die Zahl der jungen Pfarrer steigt.

Diese Verbesserung der Personalsituation ist nur möglich, weil der Landeskirche im Dritten Reich kontinuierlich mehr Reichsmark im Haushalt zur Verfügung stehen. Das Steueraufkommen steigt beständig: 1933 RM 776.000,--, 1936 RM 847.000,--, 1939 RM 1,3 Mio., 1942 RM 1,6 Mio.<sup>61</sup>

Das Staatsministerium zahlt bis 1939 über RM 300.000,-- an Zuschüssen, zu denen es rechtlich verpflichtet ist.<sup>62</sup> In Sachen "kirchlicher Finanzverpflichtung" gibt sich der nationalsozialistische Staat als Rechtsstaat.

Das Landeskirchenamt vermeidet verständlicherweise jeden Anlaß, sich diese überaus günstige Situation durch unnötigen Widerstand zu verderben.

Aber auch sonst wird das volkshkirchliche Gemeindeleben nicht entscheidend gestört. Die Anzahl der Konfirmanden, Täuflinge und kirchlichen Bestattungen bleibt im wesentlichen konstant. Es gibt Missionsfeste, Kreisverbandstreffen der Frauenhilfe, Goldene Konfirmation. Die Anzahl der kirchlichen Trauungen reduziert sich allerdings auf die Hälfte. Die überwältigende Mehrheit der Gemeindeglieder will von ihrem Pfarrer wie bisher auf Wunsch zu besonderen Anlässen bedient und versorgt und nicht etwa in den Widerstand geführt werden. Diese Art der Volkskirche nimmt im Dritten Reich keinen Schaden. Die Volkszählungen von 1933 und 1939 ergeben sogar einen geringen Mitgliederzuwachs von 450.000 Mitglieder auf 459.000 Mitglieder (rund gerechnet).

Die günstige gesamtkirchliche Lage, die wesentlich durch den Anpassungskurs verursacht ist, fordert auch ihre Opfer. Wer mit dieser Obrigkeit auffallend und anhaltend in Konflikt kommt, wird auch von seiner Kirche fallengelassen. Dafür erwähne ich folgende 5 Beispiele:

1935 stehen an den Braunschweiger Dorfeingängen Schilder u. a. mit der Aufschrift: "Juden betreten den Ort auf eigene Gefahr." Der 37jährige Pfarrer Althaus in Timmerlah wendet sich im Konfirmandenunterricht gegen diese Schilder. Er verwendet auch nicht im Unterricht, wie von der Landeskirche vorgeschrieben, den Hitlergruß. Althaus wird angezeigt, für zwei Monate ins Untersuchungsgefängnis gesperrt und am 6. 2. 1936 wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz vom Braunschweiger Sondergericht zu 6 Monaten Haft verurteilt. 6 Tage später beschließt die Kirchenregierung ein Dienststrafverfahren gegen Althaus und schickt ihm ins Gefängnis den Bescheid, daß er vorläufig des Amtes enthoben sei. Nach seiner Entlassung erhält Althaus vom kirchlichen Dienstgericht einen Verweis mit der Begründung, er habe sein Amt und seine Pflicht als Lehrer, Pastor und Deutscher verletzt. Inhaltlich stimmen Sondergericht und Kirchengenricht überein.<sup>63</sup> Einen Tag nach der sogen. 'Reichskristallnacht', dem 10. November, bekommt Pfarrer Goetze von der braunschweiger Paulikirche einen telephonischen Anruf von Oberkirchenrat Dr. Breust, daß er beurlaubt sei. Auch Pfarrer Niemann, Mitglied der Kirchenregierung bis 1933, verdienter langjähriger Geschäftsführer der Landesfrauenhilfe, wird am 10. 11. 1938 beurlaubt. Beide haben jüdische Elternteile. Goetze erhält von Oberlandeskirchenrat Röpke, der seit 1934 im Amt ist, am 24. 2. 1941 ein Schreiben, das Wohl der Gesamtkirche erfordere, daß er künftig nicht mehr ein öffentliches Pfarramt der Braunschweigischen Landeskirche bekleiden könne.<sup>64</sup> Goetze verläßt die Landeskirche. Ist Braunschweig auf dem Weg zu einer judenfreien Landeskirche? Und worin unterscheidet sich dieses Kirchenverständnis vom arischen Jesusbild des Ministerpräsidenten Klagges?

Am 11. Okt. 1938 wird der 44jährige Pfarrer Buttler aus Alvesse verhaftet.

Ein Parteigenosse hat sich geärgert, daß er seine Hühner nicht in der Nähe des Kirchhofes laufen lassen darf. Buttler, vom Sondergericht in Braunschweig freigesprochen, wird von der Gestapo ins Konzentrationslager Sachsenhausen, dann Flossenbürg und ab 1942 nach Dachau gebracht. Die Kirchenregierung beschließt ein Dienstverfahren vor dem kirchlichen Dienstgericht. Die Vertretung der Anklage hat Kirchenregierungsrat Steffen. Die Kirchenregierung lehnt am 29. 3. 1940 eine Gewährung von Straffreiheit ab, "da Sie sich z.Zt. in Schutzhaft befinden". Während Buttler im KZ sitzt, wird das Dienststrafverfahren durchgeführt und Buttler mit Suspendierung und Gehaltskürzung bestraft.<sup>65</sup>

Bei Matthäus 25 heißt es in der Bibel: Jesus spricht: Ich bin gefangen gewesen und ihr habt mich besucht. In der braunschweiger Fassung heißt es 1940: Jesus spricht: Ich bin gefangen gewesen und ihr habt mir den Prozeß gemacht. Buttler wird am 3. April 1945 aus Dachau entlassen und trifft am 5. April 1945 in seiner Gemeinde Alvesse ein. Die Obrigkeit hat gewechselt. Die Amerikaner haben Wolfenbüttel und Braunschweig besetzt. Am 5. Mai wird mit sofortiger Wirkung die Suspendierung aufgehoben und die einbehaltenen Gehaltsbeträge zurückgezahlt.

Dieses Beispiel macht deutlich, in welche bedrückende Abhängigkeit von den staatlichen Machtverhältnissen sich die Landeskirche begeben hat.

1942 erhält der 69jährige Dompropst von Schwartz Reichsreideverbot.

Eigentlich ist das eine Auszeichnung für jeden Pfarrer im Dritten Reich. Postwendend versetzt die Kirchenregierung jedoch v. Schwartz im Mai 1942 zum zweiten Male zwangsweise in den Ruhestand.<sup>66</sup>

Es gibt noch eine Reihe anderer personeller Opfer, z. B. von Gemeindeführerinnen. Um der Deutlichkeit willen füge ich hinzu: es sind zwar Opfer des Nationalsozialismus, es sind zugleich Opfer, die die koalitionswillige Landeskirche für das staatsabhängige Gesamtwohl der Kirche glaubte bringen zu müssen.

Es ist 1942 wie 1931: "Es gibt viele Fäden, die sich zwischen dem, was der Nationalsozialismus will und dem, was die Kirche will, hin und her spinnen". Es ist der Obrigkeitsbegriff, der die Kirche ins Schlepptau des Staates nimmt und in seichte, menschenunwürdige Gewässer zieht.

Diesem Gesamtwohl der Kirche hat die Kirchenleitung nicht nur personelle Opfer gebracht, sondern auch Abstriche an der Lehre hingenommen. Es erstaunt nicht, daß diese Kirchenleitung nicht dort vorgeht, wo nun wirklich Irrlehre in die Landeskirche einbricht: der eine Pfarrer hat ein Hitlerbild auf dem Altar, der andere verwendet zur Taufe nicht mehr die trinitarische Formel, an St. Katharinen in Braunschweig wird bei Liedern alles "Jüdische" vermieden, wie Zion, Jehova und Halleluja. Im Gegenteil: Oberlandeskirchenrat Dr. Breust verteilt "gereinigte" Gesangbücher der "kommenden Kirche" an einige Pfarrer.

Diese abwegigen Irrlehren werden nicht etwa mit Hilfe der Verfassung der Landeskirche bekämpft, sondern ihre Anhänger werden im ganzen Reich unter Minderheitenschutz gestellt, und es werden ihnen die Kirchen geöffnet. In Braunschweig, Goslar, Bad Harzburg, Blankenburg und gelegentlich auch Helmstedt werden die Kirchen mit Hilfe der Finanzabteilung solchen Minderheitengottesdiensten geöffnet.

Wenn in der Nachfolge Jesu die Solidarität mit den Bedrängten schlichte Christenpflicht ist, dann stellt sich die Frage: hat sich die Landeskirche der im Volksfreundehaus und in der AOK Braunschweigs im Frühjahr 1933 gefolterten Menschen und deren Familienangehörigen angenommen? Hat sie die fast 60.000 Deutschen und Ausländer in den 52 Barackenlagern der Hermann-Göring-Stadt im Blick gehabt? Und es gab im Gebiet der Landeskirche noch sehr viel mehr Lager. Darf hier an das Lager 21 erinnert werden? Und an die in Judenhäusern zusammengefaßten jüdischen Mitbürger in der Stadt Braunschweig? Wie steht es mit den etwa 50 zum Tode verurteilten Soldaten, die in Stöckheim erschossen wurden? Später wurden die Todesurteile durch die Guillotine in Wolfenbüttel vollstreckt. Und ist das letzte Wort über die Tötung geistig und körperlich Behinderter im Lande Braunschweig schon gesprochen, nachdem die Pflgeanstalt Neu-Erkerode in staatliche Hände übergegangen war?

Auf diese Fragen gibt es kein ja und nein, sondern hier wären Berichte von Beteiligten wichtig und förderlich.

## 6. NATIONALSOZIALISMUS UND LANDESKIRCHE NACH 1945

1945 ist das deutsche Reich militärisch besiegt, aber der Nationalsozialismus nicht vorbei. Im Gegenteil: Der Nationalsozialismus wird nach 1945 besonders gegenwärtig, und zwar aus der Optik der Unterdrückten und Geschundenen. Das wollen viele Deutsche nicht. Sie wollen sich die erlebte Sonnenseite des Nationalsozialismus nicht verderben lassen und sagen daher lieber: der Nationalsozialismus ist jetzt vorbei. Die Braunschweiger werden noch am 1. Juni 1945 im "Braunschweiger Boten" aufgefordert, den Hitlergruß zu unterlassen.

Aus den Lagern der Hermann-Göring-Stadt strömen 50.000 Lagerinsassen, organisieren, plündern und sind die Herren der Straße. Zur Furcht vor der Rache der Sieger und der Unterdrückten kommt die Furcht vor der Denunziation und vor der beginnenden Entnazifizierung.

Gerade die von den Besatzungsmächten aufgezwungene und völlig sinnlose Entnazifizierung mit Hilfe eines Persilscheines und von guten Beziehungen unterbindet eine wirklich geistige Aufarbeitung des Verhältnisses zum Nationalsozialismus. Konnten die Alliierten hoffen, in den ebenfalls menschenunwürdigen Lagern der britischen Zone die nationalsozialistischen Deutschen für die Demokratie zu gewinnen?

Die Kirchen verbitten es sich außerdem, daß die Besatzungsmächte bestimmen, ob ein ordinierter Geistlicher in seinem Amt verbleiben kann oder nicht. Die Kirchen wollen - so heißt es - die 'Selbstreinigung' selber vornehmen. Die braunschweigische Landeskirche betreibt die 'Selbstreinigung' auf recht saloppe Art. Die Pfarrer füllen einen Fragebogen aus. Wenigstens 104 Pfarrer waren als Mitglieder der NSDAP erfaßt. Man trifft sich im Landeskirchenamt und wundert sich, wer alles dazugehörte. Man müsse den Engländern gegenüber etwas an Denazifizierung vorweisen. Man zahlt RM 20,--, einige auch mehr, einige Pfarrer gehen von alleine in den Ruhestand, einige Pröpste kehren nicht mehr in die Ämter zurück - und dann geht alles seinen alten Gang.

Die Entscheidung ist bereits im April 1945 gefallen. Oberlandeskirchenrat Dr. Breust, vorzüglicher Jurist der 20iger Jahre, völkisch, antisemitisch, Deutscher Christ, im letzten Jahr in den Harz evakuiert, fährt mit dem Möbelwagen vor das Landeskirchenamt, läßt sein Mobiliar in der mittleren Etage des Hauses am Schloßplatz ab und bezieht Posten. - Oberlandeskirchenrat Röpke tritt im Herbst 1945 im Magnigemeindesaal vor eine Reihe von Pfarrern, schildert seinen Kampf gegen die Finanzabteilung, läßt sich das Vertrauen aussprechen und knüpft die ersten Kontakte zur Gesamtkirche.

Mit dem Verbleiben der Oberlandeskirchenräte Röpke und Dr. Breust sind die Weichen für die Zukunft gestellt. Nach einer kurzen Pause kehren die alten Mitarbeiter von 1934 wieder zurück. Später kommt, von Bischof Erdmann geholt, der ehemalige Landgerichtsdirektor Dr. Lerche hinzu, der Oberlandeskirchenrat wird, obwohl er bis 1945 am Sondergericht in Braunschweig als Vorsitzender tätig war und in dieser Eigenschaft am Todesurteil von Erna Waszinski am 21. 10. 1944 mit-gewirkt hat.

Die braunschweigische Landeskirche erlebt zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert den Zusammenbruch des von ihr wesentlich mitgetragenen Obrigkeitsstaates. Sie entwickelt viele Formen, wie sie ihre Enttäuschung verkraftet:

Sie überwindet diese Enttäuschung, indem sie sich gekränkt gegen den Nationalsozialismus wendet. Jetzt sind die Predigten voll von der Schlechtigkeit des Nationalsozialismus. In ihrem Selbstverständnis getroffen, stellt sich der Koalitionspartner von 1931 nun als Opfer dar. Der gekränkte Mitläufer und Mitverfolger verdrängt die Schuld, indem er sich als Geschädigter darstellt und sich in eine umfassende Widerstandssituation hineinphantasiert. In diesem Sinne ist die bereits erwähnte Dokumentation des Landeskirchenamtes aus dem Jahre 1949 verfaßt.

Da, wo die Landeskirche an ihre Partnerschaft von einst erinnert wird und diese Erinnerung nicht verdrängt, beantwortet sie diese Erinnerung mit dem Hinweis auf "alte Geschichten, die man ruhen lassen sollte". Das ist verständlich. Sie kann auch vergessen, da sie ja in ihrer Substanz nicht wirklich bedroht war und keine Narben die Erinnerung an den Nationalsozialismus frisch halten. Bringt die Landeskirche überhaupt die Voraussetzungen mit, ihre Gemeindeglieder gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und der Entnazifizierung zu sensibilisieren? Oder leistet sie einem Infantilismus

Vorschub, der sagt: "Ich bin es nicht gewesen" und "der andre ist viel schlimmer", z.B. derjenige, der am 15. 10. 1944 die Braunschweiger Altstadt aus der Luft zerstört hat.

Das alles will man sich nicht gerne sagen lassen und sucht doch in den eigenen Reihen nach Sündenböcken, am besten nach solchen, die schon tot oder weit weg sind.

So wie für viele Deutsche der tote Führer an allem schuld war, so projiziert die braunschweigische Landeskirche alle Schuld auf die Bischöfe Beye und Johnsen, die ebenfalls weit weg sind.

Bischof Johnsen ist seit Januar 1940 bei der Wehrmacht und im Mai 1945 in jugoslawische Gefangenschaft geraten. Am 29. 10. 1946 schlägt der Rechtsausschuß der Landessynode eine besondere lex Johnsen vor, die Johnsen das bischöfliche Amt vertragswidrig nimmt. Die Kirchenleitung schickt Johnsen diesen Bescheid unbrüderlich ins KZ Zrenjanin. Mit Pfarrer Erdmann sucht sich die Landeskirche einen anderen unverdächtigen Bischofskandidaten, der Mitglied der Bekennenden Kirche war und eine Bereinigung des Problems Nationalsozialismus und lutherische Landeskirche nach außen dokumentieren kann. Am 22. April 1947 wird Erdmann zum Bischof gewählt, am 2. September 1947 wird Bischof Johnsen im KZ Zrenjanin ermordet.

Beide Bischöfe sind nur Projektionsflächen, der eine für die Schuld der Landeskirche, der andere für den eingebildeten Neubeginn.

Eine wirkliche Wende hätte das Stuttgarter Schuldbekenntnis der Evangelischen Kirche bringen können, in dem es heißt: "Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt haben". Aber diese Einsicht erreicht nicht die Mehrzahl der braunschweigischen Pfarrerschaft und nicht das braunschweiger Kirchenvolk und ist auch in Westdeutschland nicht populär. In einem Kirchenarchiv finde ich einen Zeitungsausschnitt mit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis und handschriftlichen, zeittypischen Randbemerkungen: "Zum ersten Mal haben führende Männer der deutschen Kirche Deutschlands Kriegsschuld bekannt". Am Rand; "Pfui Teufel!" "Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden." Randbemerkung: "Diese Idioten!"

Enttäuscht ziehen sich diejenigen zurück, die auf einen Neubeginn der braunschweigischen Landeskirche gehofft hatten. "Nach 1945 waren die Kräfte der Restauration stärker als die der Reformation", stellt später der letzte Vorsitzende des Pfarrernotbundes fest. Und ein anderer: "Als ich aus Gefangenschaft zurückkam, stellt sich zu meinem Erstaunen fest, daß in einer restaurierten Kirche eigentlich keiner wirklich 'Deutscher Christ' gewesen war. Sie waren alle Brüder geworden. Alles war ein violetter Brei."<sup>67</sup>

Bischof Dibelius charakterisiert die Situation nach 1945 folgendermaßen: "Es muß etwas Neues geschaffen werden, aber dieses Neue muß irgendwie das Alte sein."<sup>68</sup> Man müsse da anfangen, wo man 1933 aufgehört habe. Und tatsächlich findet sich wie 1933 wieder eine sich christlich verstehende Obrigkeit, der die Kirche ihre Dienste anbieten kann.

Ich sträube mich, an dieser Stelle als lichtvollen Ausblick sozusagen noch Namen zu nennen, die sich vom Nationalsozialismus nicht haben beeindruckt lassen und die diese Haltung auch offen bekundet haben. Ich will gerne, wenn Sie danach fragen, dafür Beispiele in der Diskussion nennen. Ich befürchte aber, daß diese Beispiele uns auch hinderlich sein können, die notwendige Trauerarbeit zu leisten, nämlich sich der Krise zu erinnern, in der Erinnerung zu verharren und zu verarbeiten.

Ich bedanke mich bei der ÖTV-Fachschaft Staatsanwälte und Richter für die Gelegenheit ernsthafter und anhaltender Erinnerung, dem ersten Schritt der Trauerarbeit. Ich bitte Euch, nicht nur in der folgenden Diskussion diese Bemühung fortzusetzen.

## ZUSAMMENFASSUNG

### 1. Die Landeskirche öffnet sich dem Nationalsozialismus (1930/31)

Die Landeskirche ist seit 1919 einem scharfen antikirchlichen Kurs ausgesetzt. Ihr ist die finanzielle Basis und der Einfluß auf die Volksschulen durch die sozialdemokratischen Landesregierungen entzogen. Seit dem Anwachsen der NSDAP und dem Wahlsieg der bürgerlich/ns. Parteien am 1. 4.1930 soll es zwischen Nationalsozialismus und Landeskirche zu einem vertrauensvollen, kritischen Nebeneinander kommen. Die Landeskirche fühlt sich unter Leitung von Bischof Bernewitz als Seniorpartner.

### 2. Die 'Deutschen Christen' intensivieren das Verhältnis von Landeskirche und Nationalsozialismus (1933/34)

Hohe Kircheneintrittszahlen und gefüllte Gottesdienste verleiten die evangelische Kirche zur Annahme, sie könne jetzt die Volkskirche verwirklichen. Die 'Deutschen Christen' erstreben die Volkskirche durch Gleichschaltung von Staat/Partei und Kirche (Landespredigerverein/Landeskirchentag/Bischofsamt) und durch Volksmission. Nach einer kurzen heißen Phase unter Bischof Beye (Frühjahr - Dezember 1933) wird dieses Konzept des schwärmerischen Ineinander von der Mehrheit der Pfarrer und von der Partei abgelehnt. Gegen dieses Konzept der 'Deutschen Christen' bildet sich die Bekennende Kirche in Braunschweig.

### 3. Das Verhältnis von Landeskirche und NS stabilisiert sich (1934 - 45)

Die Landeskirche kehrt unter Bischof Johnsen zur Form des Nebeneinander von 1931 zurück. Die Kirche ist nicht braun, sondern sie bleibt lutherisch und begleitet als solche bis Kriegsende die Ereignisse des Dritten Reiches in kirchlicher Weise (Dankesgottesdienste, Glockenläuten, Gebete). Da das Luthertum den Staat als Einrichtung Gottes versteht, der notfalls mit Gewalt Ordnung auf der Welt herzustellen habe und dem der Christ Gehorsam schulde, ist die lutherische Kirche im norddeutschen Raum widerstandsunfähig. Die Erkenntnisse der Barmer Synode finden bei ihr keine Anwendung. Hitler und Klagges präsentieren sich außerhalb als "christliche Obrigkeit".

### 4. Die Doppelstrategie der Partei gegenüber der Kirche

Die ns. Partei ist doppelgesichtig. Die Gruppe um Rosenberg rückt sichtlich vom Konzept des Nebeneinander ab und erstrebt die Unterordnung der Kirche. Das wird in Braunschweig am braunen Ersatzkult, in der Störung der kirchlichen Arbeit, an der zunehmenden staatlichen Einmischung (Braunschweiger Dom, Errichtung staatlicher Finanzabteilungen) und an der beabsichtigten Beseitigung des öffentlich-rechtlichen Charakter der Kirche deutlich.

### 5. Die Bilanz des Konzepts der Öffnung

Die lutherische Landeskirche hat in der ns. Zeit finanziell und personell profitiert. Die Bedürfnisse der Volkskirche (Taufe, Trauungen, Beerdigungen) sind im großen und ganzen unberührt geblieben. Die Gemeinden wollen versorgt und nicht in den Widerstand geführt werden. Die Landeskirche hat dieser günstigen Gesamtlage kirchliche Mitarbeiter geopfert, Abstriche an der kirchlichen Lehre in Kauf genommen und die christlich gebotene Solidarität in Frage gestellt.

### 6. Nationalsozialismus und Landeskirche nach 1945

Die Erfahrung der Besatzungszeit und der Entnazifizierung erschweren eine geistige Aufarbeitung des Verhältnisses der Landeskirche zum Nationalsozialismus. Die Kirche stellt sich als Opfer des NS hin, findet Sündenböcke und möchte nicht erinnert werden. Die entscheidenden Oberlandeskirchenräte bleiben im Amt. Das Stuttgarter Schuldbekenntnis findet keine Resonanz. Erinnern, in der Erinnerung verharren, verarbeiten bleiben als dringende Aufgabe.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Dieses Zitat und andere wichtige Einzelheiten, z.B. über den Wiederbeginn von Oberlandeskirchenrat Dr. Breust 1945 im Landeskirchenamt verdanke ich einem Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Landgerichtes a. D, Friedrich Linke, der von 1945 - 1952 Mitglied der Kirchenregierung gewesen ist
- <sup>2</sup> siehe E. A. Roloff "Braunschweig und der Staat von Weimar" Braunschweig 1964
- <sup>3</sup> Statistische Übersicht betreffend Äußerungen des kirchlichen Lebens in den Kalenderjahren 1922 - 1928 in "Verhandlungen des zweiten Landeskirchentages der braunschweigischen evangelisch-lutherischen Landeskirche, Erste Tagung vom 6. Januar 1930 bis 25. März 1930" Heckner 1930. Die statistische Übersicht ist eine Anlage zu einem Bericht der Kirchenregierung über die Entwicklung der Landeskirche von 1923 - 1929, die einzige umfassende Darstellung der Geschichte der Landeskirche im Weimarer Staat
- <sup>4</sup> Braunschweigisches Volksblatt 1930 S. 262
- <sup>5</sup> Braunschweigisches Volksblatt vom 25. 12. 1930
- <sup>6</sup> siehe die Andacht "Unsere Zeit - Passionszeit Christi?" in Braunschweigisches Volksblatt am 29. 3. 1931
- <sup>7</sup> Braunschweigisches Volksblatt 1930 S. 290
- <sup>8</sup> Evangelisches Zentralarchiv Berlin B2/62. Diese Akte enthält umfangreiches Material zur Frage der Zuschüsse des Braunschweigischen Staatsministeriums in den landeskirchlichen Haushalt
- <sup>9</sup> Braunschweigisches Volksblatt 1931 S. 42
- <sup>10</sup> Die Akte Han 310 I G 5a im Niedersächsischen Staatsarchiv Hannover enthält eine Aufstellung über die Gründungen der NSDAP-Ortsgruppen im Gau Süd-Hannover/Braunschweig
- <sup>11</sup> Jürgen Schultz "Die Akademie für Jugendführung der Hitlerjugend in Braunschweig" Braunschweig 1978 S. 136 ff
- <sup>12</sup> Das Thema lautet vollständig: "Die religiöse Richtung der völkischen Bewegung, insbes. des Nationalsozialismus in ihrem Verhältnis zum Christentum und zur Kirche, Darstellung und Beurteilung. Wie hat sich die Kirche dazu zu stellen, welche Aufgaben erwachsen dem Pfarramate?"
- <sup>13</sup> Kurt Ernesti "Nationalsozialismus und Kirche" in "Die Volkskirche, Blätter der Braunschweiger kirchlichen Mitte" Nr. 4, Dezember 1931 S. 1 - 11
- <sup>14</sup> Braunschweigisches Volksblatt 1931 S.42
- <sup>15</sup> "Lebenserinnerungen" von Landesbischof Bernewitz, hektographiertes Manuskript S. 242 im Besitz der Familie
- <sup>16</sup> Aufruf der Kirchenregierung an die braunschweigische evangelisch-lutherische Landeskirche vom 2. Mai 1933 in: Landeskirchliches Amtsblatt 1933 S. 13f
- <sup>17</sup> ebd
- <sup>18</sup> Im Berliner "Document Center" sind 383 Namen von Pfarrer, die in der Braunschweigischen Landeskirche von 1931 - 1945 tätig waren, auf ihre Parteizugehörigkeit überprüft worden. Danach hatten 104 Pfarrer eine Parteinummer der NSDAP. 30 waren schon vor dem 30. Januar 1933 einmal Parteimitglieder, davon 24 als Schüler, Studenten oder Kandidaten der Theologie, 6 als Pfarrer. Von den 104 registrierten Parteimitgliedern werden 22 aus der Mitgliederkartei gestrichen. Sechs geben beim Semesterwechsel nicht den neuen Studienort an oder bezahlen nicht ihre Beiträge, 6 treten wieder aus, 4 werden nach einem Verfahren vor dem Gaugericht wieder entlassen, 4 erhalten nach Antragstellung zwar eine Parteinummer, ihre Aufnahme aber wird abgelehnt, außerdem Krankheit und Tod
- <sup>19</sup> Braunschweiger Tageszeitung vom 12. 3. 1933
- <sup>20</sup> ebd
- <sup>21</sup> Statistisches Material über die braunschweigische Landeskirche  
für 1934 - 36 im Gesetzblatt der Deutsch.Ev.Kirche 1938 S. 91ff  
für 1938 ebd 1942 S. 29ff  
für 1939 ebd 1943 S. 7ff

für 1940 ebd 1944 S. 43ff

Andere Tabellen über das kirchliche Leben in Braunschweig in: Ernst Rolffs "Evangelische Kirchenkunde Niedersachsens" 2. Aufl. 1938 Göttingen. Siehe auch Examensarbeit von Walter Künnecke "Die Stellung der Ev.-luth. Landeskirche Braunschweig in den ersten Jahren des Dritten Reiches" 1967

22 Die telefonische Mitteilung von Dompropst v. Schwartz an den Bischof als Landeswahlleiter lautet: "Der Wahlausschuß des Wahlvorschlages I zieht unter dem Eindruck der Rede des Kanzlers aus Loyalität gegen Adolf Hitler den Wahlvorschlag 'Evangelium und Kirche' zurück. Wir bitten um unserer Kandidaten willen um die sofortige Pressemeldung unserer Erklärung." in: O. Palmer "Material zur Geschichte des Kirchenkampfes in der Braunschweigischen Landeskirche" 1957 hektographiertes Manuskript S. 15 Der Sohn des Dompropstes, Propst i.R. Lic. v. Schwartz schreibt zu dieser Stelle des Referates an den Verfasser am 8. 5. 1980: "Der unvoreingenommene und in der Sache unkundige Leser muß das so lesen, als sei v.S. positiv beeindruckt. In Wirklichkeit ging es um Resignation: hiergegen ist nicht mit dem Stimmzettel anzukommen. Ich weiß nicht mehr, ob auch der Gedanke mitgespielt hat: eine Wahlverweigerung ist deutlicher als ein miserables Ergebnis."

23 Braunschweigische Staatszeitung vom 6. 4. 1933

24 Die Braunschweiger Bekennende Kirche veröffentlicht ein Flugblatt mit den Thesen Grüners und eigenen Gegenthesen in: Landeskirchliches Archiv Braunschweig Sammlung Notbundakten, Palmer

25 Braunschweiger Tageszeitung 18. 1. 1934

26 Braunschweigisches Volksblatt 6. 8. 1933 S. 125

27 W. Grundmann "die 28 Thesen der Deutschen Christen" 1934 S. 4

28 Vergleiche z.B, den Brief von Oberkirchenrat Dr. Breust vom 21. 4. 1934 an die Reichskirchenregierung, in dem eine Aufhebung der Emeritierung von Pfarrer Palmer mit folgenden Bemerkungen abgelehnt wird: "Wer das Protokoll über den Vereinsabend des Jungmädchenbundes vom 12. Oktober 1933 liest, der wird zu der Überzeugung kommen, daß man die Behauptung, Baldur v. Schirach sei Jude, unmöglich noch unzweideutiger und hämischer zum Ausdruck bringen kann, als es hier geschehen ist ... Wir sind der festen Überzeugung, daß jeder Vertreter einer anderen Fakultät, der im 3. Reich eine solche Äußerung gemacht hätte, in Schutzhaft oder ins Konzentrationslager gekommen wäre. Wir glauben uns auch zu erinnern, daß die Führer der NSDAP in Blankenburg derartiges erwogen haben, daß aber der ehemalige Landesbischof Beye sich darum bemüht hat, derartige Folgen vom Kirchenrat Palmer abzuwenden. Nach alledem hoffen wir die Reichskirchenregierung davon überzeugt zu haben, daß es völlig undenkbar ist, die Emeritierung des Kirchenrates Palmer wieder aufzuheben und ihn wieder in ein Pfarramt zu versetzen. Dr. Breust." in: Evangelisches Zentralarchiv Berlin A 4/357

29 Über den Beye-Prozeß gibt es zwei unterschiedlich umfangreiche Quellensammlungen, eine im Zentralarchiv der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau, Akte 62/1054, die andere in der "Sammlung Lein". OKR Breust hat zweimal das Angebot von Oberregierungsrat Bode, ein Verhandlungsstenogramm der Landeskirche zu überlassen, abgelehnt. Siehe Schreiben Dr. Breust vom 7. 3. und 16. 3. 1934 in: Archiv der Evangelischen Kirche der Union Personalakte Beye

30 Schreiben der 'Abteilung für kulturellen Frieden' vom 2. 6. 1934 an die Reichskirchenregierung in: Evangelisches Zentralarchiv Berlin A 4/194

31 Amtsblatt für die ev.-luth. Landeskirche Hannover 1944 D. 43

32 Landeskirchliches Amtsblatt 1934, S. 38

33 Braunschweigisches Volksblatt 1936 S. 22

34 Braunschweigisches Volksblatt 1936 S. 63 zum 29. März 1936

35 Landeskirchliches Amtsblatt 1938 S. 21 f

36 Braunschweiger Tageszeitung 30. 3. 1938

37 Helmstedter Kreiszeitung 11. 4. 1938  
38 "Das Tagebuch von Dr. Joseph Goebbels 1925/26" herausgegeben von Helmut Heiber in:  
39 Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart, ohne Jahreszahl 5. 81  
Landesversammlung Verhandlungen, Niederschriften und Sitzungsberichte 5. Sitzungsperiode,  
Bd. I, S. 13f, siehe außerdem E.A. Roloff "Bürgertum und Nationalsozialismus 1930 - 1933"  
40 Braunschweig 1980, 5. 161 ff  
Braunschweigisches Volksblatt 1933 S. 127  
41 Personalakte Klagges in "Document Center" Berlin. Lauterbacher verbindet mit dieser  
Bemerkung die andere, Klagges habe ja den Wunsch, einmal Gauleiter zu werden, und dabei  
sind christliche Bindungen aus der Sicht Lauterbachers hinderlich  
42 ebd Himmler am 30. 4. 1942 aus dem Führerhauptquartier an Panke  
43 ebd im Bericht des Leiters der Gestapostelle Braunschweig Freytag an Panke vom 9. 5. 1942.  
Am 15. 5.1942 geht nach einer Befragung von Kirchenrat Rauls, dem damaligen Pfarrer an St.  
Magni, Braunschweig, ein zweiter Bericht an Panke. Klagges habe nicht in Uniform  
teilgenommen, sondern "in Zivil (Braunhemd)", berichtet Pfarrer Rauls  
44 "Die erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Barmen" herausgegeben  
von Gerhard Niemöller, Bd. 6 der Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes Göttingen 1959,  
S. 200 f  
45 Braunschweiger Tageszeitung 28. Mai 1935  
46 Braunschweiger Tageszeitung 29./30. Juni 1935  
47 Kirchliches Jahrbuch 1933 - 44 2. Auflage Gütersloh S. 458  
48 Braunschweigisches Volksblatt 1939 S. 149 vom 10. 9. 1939  
49 Braunschweigisches Volksblatt 1939 S. 151 vom 17. 9. 1939  
50 Aus dem Wort des Geistlichen Vertrauensrates der Deutschen Evangelischen Kirche in:  
Landeskirchliches Amtsblatt 1939 S. 51  
51 Braunschweigisches Volksblatt 1940 S. 44 vom 26. 5. 1940  
52 Braunschweiger Tageszeitung 25. 6. 1934  
53 "Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs" H. J. Seraphim 1956 S. 30  
54 Braunschweiger Tageszeitung 25. 6. 1934  
55 Braunschweiger Tageszeitung 11. 2. 1934  
56 In: "Weihnachen im Dritten Reiche" 1934 Berlin  
57 Landeskirchliches Archiv Braunschweig G 84 Brief von Pfarrer Ehlers am 8. 11. 1936. Die Akte  
G 84 enthält eine Reihe anderer Störungen des kirchlichen Lebens in der Landeskirche  
58 Examensarbeit von Ulrich Schade "Der Braunschweiger Dom als 'Nationale Weihstätte' April  
1970. Schade hat wichtige Quellen im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel und im  
Landeskirchlichen Archiv Braunschweig aufgearbeitet. Außerdem Bundesarchiv Koblenz R 43  
II 1257 a  
59 Siehe "Beiträge zur Tätigkeit der vormaligen Finanzabteilung beim Landeskirchenamt in  
Wolfenbüttel vom 2. Juni 1938 bis zum Schluß des 3. Reiches", Wolfenbüttel 1948  
Palmer "Materialsammlung" a.a.O. S. 109 ff  
60 In: Bundesarchiv Koblenz R 43 II/152 und Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 A  
Neu 13 1 22687  
61 Landeskirchliches Amtsblatt 1935 S. 12 ff / 1937, S. 12 ff/ 1939 5. 31 ff / 1942 5. 30 ff  
62 Evangelisches Zentralarchiv Berlin B 2/62 und C 2/81  
63 Das Urteil des Sondergerichtes ist abgedruckt in "Ruf und Rüstung" 1936 S. 24 ff. Siehe auch  
Palmer "Material ... " a.a.O. S. 101 f  
64 Der 'Vorgang Goetze' befindet sich im Evangelischen Zentralarchiv Berlin A 4/358 und C 2/85.  
Vergleiche außerdem die ausführliche Darstellung in Palmer "Material ... " S. 76 ff  
65 Ich hatte dankenswerterweise Einsicht in die bei Herrn Pfarrer Hans Martin Buttler befindlichen  
umfanglichen Akten über seinen Vater Hans Buttler. Siehe auch Palmer "Material ... " a.a.O. S.  
100

- <sup>66</sup> Zum 'Vorgang Dompropst v. Schwartz' siehe Evangelisches Zentralarchiv A 4/357 und die Sammlung von Lic. v. Schwartz im Landeskirchlichen Archiv Braunschweig
- <sup>67</sup> Propst i. R. Radkau in einem Brief vom 3. 11. 1978 an den Verfasser
- <sup>68</sup> Karl Kupisch "Kirchengeschichte 1815 - 1945", UTB, Bd. 172, 1975 S. 123. Kupisch stellt auch zutreffend fest: "Es hat der BK geschadet, daß man sie nach dem Kriege zur Widerstandsbewegung erhob. Das hat zu Verzeichnungen geführt" S. 125 und: "Wer die kommende politische Praxis der Kirche, vor allem die Stellungnahme hoher kirchlicher Amtsträger verfolgte, konnte nicht im Zweifel sein, wo der politische Standort der Kirche war. So wie die Kirche nach 1919 öffentliche Anliegen und ihre politischen Hoffnungen am besten bei der Deutschnationalen Volkspartei aufgehoben sah, so wurde jetzt die CDU der politische Rückenschutz." S. 129